

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/89

Bonn, den 12. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Kampf um die Preisstabilität</u> Eine verschärfte Phase steht bevor	74
3	<u>Verletzter Ehrgeiz</u> Zum Parteiwechsel des Bundestagsabgeordneten Rehs	53
4 - 4a	<u>Ein großer Schritt nach vorn</u> Zur Verabschiedung der Strafrechtsreform Von Dr. Hans A. Stöcker	64
5 - 6	<u>Frankreichs Linke nach de Gaulle</u> Von Georg Scheuer, Paris	76

Kampf um die Preisstabilität

Eine verschärfte Phase steht bevor

sp - Wahltaktische, nicht sachliche Überlegungen haben bei der Entscheidung der CDU/CSU-Bundesminister, eine Verbesserung der Währungsparität nicht vorzunehmen, den Ausschlag gegeben. Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Schiller konnte für seine Auffassung gewichtige Zeugen anführen: Die deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Institute, den Präsidenten der Bundesbank Blessing, den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages Wolff von Amerongen, die Weisen des Sachverständigenrates und Repräsentanten des internationalen Währungsfonds. Trotz des Gewichtes dieser Stimmen und der Unterstützung der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder drang Schiller mit seiner Auffassung nicht durch und es war deshalb nur folgerichtig, daß er den Vorsitz im Wirtschaftskabinett an Bundeskanzler Kiesinger abgab.

Die "Kölnische Rundschau", der man SPD-Sympathien gewiß nicht nachsagen kann, wußte am gleichen Tage, an dem die Entscheidung fiel anläßlich eines Empfanges zum 20jährigen Bestehen des "Volkswirt" im Bonner Tulpenfeld zu berichten:

" Wenn wir jetzt dem Schiller die Aufwertung durchkreuzen und die Preise kräftig steigen lassen, dann ist der große Zauberer im September im Orkus verschwunden und kein Mensch nickt ein Stück Brot von ihm. Lassen wir die Aufwertung aber zu, dann verlieren wir jene zwei bis drei Prozent an bürgerlichen Stimmen, die uns beim Wahlausgang nachher für die Macht fehlen."

Das renommierte CDU-Blatt fügte dem hinzu, das sei keine Einzelstimme gewesen. Hier seien Parteitaktiker allzu eifrig am Werk...

Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verpflichtet die Bundesregierung, die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten und geeignete Maßnahmen durchzuführen, wenn dieses Gleichgewicht gestört ist. Dieses Gleichgewicht ist heute nicht mehr vorhanden, es ist empfindlich gestört. Die Gründe dafür sind hinreichend bekannt. Mit ständig ansteigendem Export bei ungleichen Währungsrelationen - die Auftragsbestellungen für den Export liegen im Vergleich zum Vorjahr um 45 Prozent höher

- wächst die Gefahr großer Preissteigerung im Innern. In Frankreich, Holland, Großbritannien und anderen für den deutschen Export wichtigen Ländern sind Preissteigerungen zwischen fünf und acht Prozent zu verzeichnen. Auswirkungen davon bekommen wir schon zu spüren.

Schiller hatte vorgeschlagen, den Kaufwert der deutschen Mark im Verhältnis zum Dollar um 6,25 Prozent zu verbessern. Seine Verwirklichung hätte dazu geführt, daß nicht mehr gute deutsche Waren für schlechtes Geld im Ausland verschleudert werden. Unser Geld ist auch mehr wert als die Ware, die wir im Ausland kaufen oder vom Ausland beziehen. Das wissen natürlich auch die Gegner einer verbesserten Währungsparität, doch sie nehmen trotzdem die Nichtaufwertung in Kauf, wahrscheinlich aus Gründen, wie sie die "Kölnische Rundschau" so offenerzig andeutete.

Man braucht kein Nationalökonom sein, um zu wissen, daß ein gestörtes Gleichgewicht auf Kosten des Binnenmarktes geht und hier die Preise anhebt. Das Geld des Sparerers gerät in die Gefahrenzone, auch die Rentner sind hier die Leidtragenden. So schnell und so viel kann garnicht dynamisiert werden, um mit der importierten Inflation schritthalten zu können.

Viele Schwierigkeiten sind zu erwarten. Ist die Warnung deutscher Professoren von internationalem Rang vor den möglichen Folgen des Beschlusses der Unions-Bundesminister auf die leichte Schulter zu nehmen, kann man sie in den Wind schlagen? Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei wird es sein, solche möglichen Folgen zu verhindern oder abzuschwächen. Um des Eigennutzes einiger weniger darf und soll das Allgemeinwohl nicht leiden. Auch nach diesem Beschluß der Mehrheit des Bundeskabinetts bleibt dem internationalen Spekulantentum, das sich dank unbedachter Äußerungen eines Bundesministers in der Bundesrepublik üppig entfalten konnte, auf längere Sicht der Boden nicht entzogen. Selbst der frühere Bundeskanzler Erhard bezweifelt dies.

Manche spielen schon mit dem Gedanken, Grundsätze unserer marktwirtschaftlichen Ordnung durch Einführung der Devisenbewirtschaftung und anderer Zwangsmaßnahmen zu durchlöchern, andere wollen den Binnenmarkt drosseln, was die deutsche Industrie noch mehr auf den Weltmarkt drängen und das ohnehin gestörte Gleichgewicht ganz aus den Angeln heben würde.

Die deutsche Wirtschaftspolitik tritt in eine verschärfte Phase des Kampfes um die Aufrechterhaltung von Stabilität und Wachstum ein. Schiller blieb im Kabinett, er resignierte nicht. Der Verbraucher kann auf ihn zählen. Die Entscheidung der Unions-Minister hat insofern auch etwas Gutes, als sie klare Verantwortlichkeiten erkennen lassen.

Verletzter Ehrgeiz

Zum Parteiwechsel des Bundestagsabgeordneten Rehs

sp - Am 16. April 1969 hat Reinhold Rehs während eines Diskussionsbeitrages auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg ein Bekenntnis zum "Geist der Solidarität" abgelegt zu "der Partei, deren ganze Geschichte ein Kampf gegen Unrecht und Ungerechtigkeit, für Menschlichkeit und Menschenrechte gewesen ist. Ungezählte Tausende von den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen sind seit vielen Jahrzehnten, andere seit 1946 und später treue und verlässliche Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gewesen". Noch nicht einmal vier Wochen danach glaubt nur Rehs, nicht mehr vertreten und verfechten zu können, was er eben noch unter Zitierung von Willy Brandt und Herbert Wöhner als mit seiner eigenen Haltung konform bestätigt hat.

Hat sich plötzlich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gewandelt? Im Gegenteil, der Rat von Rehs wurde gerade auch in den letzten Wochen nicht nur erbeten sondern auch dankbar beherzigt. Warum dann dieser plötzliche Parteiwechsel? Der Grund liegt offensichtlich darin, daß sich die Vorstellungen von Rehs für eine neuerliche Kandidatur zum Deutschen Bundestag nicht erfüllt hatten, besser gesagt noch nicht erfüllt hatten.

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, so lautete der Gedankengang von Rehs, muß unbedingt einen sicheren Platz auf der Kandidatenliste für den nächsten Bundestag erhalten. Mit diesem Gedankengang beging Rehs jedoch zwei große Irrtümer. Der Bund der Vertriebenen und dessen Präsidium besteht nicht nur aus dem Präsidenten sondern aus im ganzen 14 Mitgliedern. Gelingt es dem Präsidenten nicht zu kandidieren, vermag auch jedes andere Präsidiumsmitglied in gleicher Weise im Deutschen Bundestag für die Heimatvertriebenen das Wort zu ergreifen und ihre Nöte und Sorgen vorzutragen. Zum anderen muß um jede Kandidatur gerungen werden, und da dem so ist, kann es gar nicht ausbleiben, daß Politiker bei ihrer Bewerbung um eine Kandidatur im Wahlkreis oder auf einer Landesliste nicht zum Zuge kommen. Dem 6. Bundestag werden mindestens drei Präsidiumsmitglieder aller Wahrscheinlichkeit nach angehören.

So wie die CDU/CSU nicht gleich der Staat war und ist, genau so wenig kann Rehs die Forderung aufstellen, daß er mit allen Vertriebenen gleichzusetzen wäre, weshalb, wenn er nicht mehr im Deutschen Bundestag anwesend sein sollte (noch wären nicht alle Placierungschancen vertan!), die Vertriebenen nicht hinreichend repräsentiert würden. Hier hat das Präsidienamt blind gemacht.

Seit 1945, seit den Tagen von Kurt Schumacher, bis heute weiß sich die SPD in voller Übereinstimmung mit all den Menschen in unserem Volk, die sich um den Bestand und die Zukunft unserer Nation Sorgen machen. Bis zur Stunde der Enttäuschung darüber, daß bei der Landeslistenaufstellung in Nordrhein-Westfalen Rehs, der bislang immer in Schleswig-Holstein kandidiert hatte, kein Platz eingeräumt worden war, hatte Rehs diese Auffassung durch seine Zugehörigkeit zur SPD bekräftigt. Die SPD gab ihm 16 Jahre in ihrer Fraktion des Bundestages die Möglichkeit, wirkungsvoll für die Vertriebenen tätig zu sein. Auch im nächsten Bundestag wird sich für die sozialdemokratische Fraktion an dem Grundsatz nichts ändern, den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen politische Heimat zu sein. Dies gilt für die Deutschland- und Ostpolitik genau so wie für die Sozialpolitik und die Wahrung des kulturellen Erbes.

Verletzter Ehrgeiz, auch der eines Verbandspräsidenten, hilft nicht weiter, weder in der Politik noch im Verband.

Ein großer Schritt nach vorn

Zur Verabschiedung der Strafrechtsreform

Von Dr. Hans A. Stöcker

Am 7. und 9. Mai 1969 hat der Deutsche Bundestag das Erste und Zweite Gesetz zur Reform des Strafrechts in zweiter und dritter Lesung mit großen Mehrheiten verabschiedet. Dieses Ereignis wird in die Geschichte des deutschen Strafrechts eingehen. Mit dieser Entscheidung des Bundestages ist die Strafrechtsreform erstmals einen großen Schritt vorangekommen, seitdem vor über sechzig Jahren die - durch die Zeitumstände immer wieder unterbrochenen - Arbeiten an einer Totalrevision des Strafgesetzbuches von 1871 aufgenommen worden sind. Die jetzt beschlossenen Reformgesetze verwirklichen zwar wieder nur eine Teilreform. Aber sie umfassen doch den gesamten "Allgemeinen Teil" des Strafgesetzbuches. Auch nehmen sie wichtige Reformanliegen aus dem "Besonderen Teil" vorweg. Welches sind die wesentlichen Neuerungen?

Die Unterscheidung zwischen Zuchthaus und Gefängnis entfällt; es wird nur noch eine einheitliche Freiheitsstrafe geben. Die kurze Freiheitsstrafe wird stark zurückgedrängt. Freiheitsstrafen unter sechs Monaten dürfen nur noch ausnahmsweise verübt werden. Selbst Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren können ausnahmsweise zur Bewährung ausgesetzt werden. An die Stelle kurzer Freiheitsstrafen tritt die in Tagessätzen bemessene Geldstrafe, die den wirtschaftlichen Verhältnissen des Täters genau angepaßt wird. Ein Tagessatz kann dazu auf einen Betrag zwischen mindestens 2 DM und höchstens 1.000 DM festgesetzt werden. Die Bewährungshilfe und die Führungsaufsicht werden neu geregelt. Das Arbeitshaus wird abgeschafft. Sicherungsverwahrung darf nur noch unter eingeschränkten Voraussetzungen verhängt werden. Die Strafschärfung wegen Rückfalls tritt bei allen vorsätzlichen, mit Freiheitsstrafe bedrohten Handlungen ein. Hangtäter, die - ohne geisteskrank zu sein - an einer schweren Persönlichkeitsstörung leiden - namentlich die Triebtäter - sollen in neu einzurichtenden "sozialtherapeutischen Anstalten" ärztlich behandelt und dadurch auf die Wiedereingliederung in die Gesellschaft vorbereitet

werden.

Aus dem "Besonderen Teil" ist hervorzuheben: Die Strafbarkeit für Ehebruch, Sodomie und einfache Homosexualität unter Erwachsenen wird beseitigt. Die Religionsdelikte werden auf eine weltanschaulich neutrale Basis gestellt. Die Vorschriften, die den Zweikampf und die Erschleichung des außerehelichen Beischlafs unter Strafe stellen, entfallen. Fremdbtreibung und schwere Kuppelerei werden zu Vergehen herabgestuft.

Diese Teilreform läßt manche Wünsche offen. Aber sie bedeutet auf breiter Front einen Durchbruch zu einer aufgeklärten und fortschrittlichen Konzeption des Sinns der staatlich verhängten Strafe. Der Irrationalität im Strafrecht, wie sie etwa im überlieferten Sühne- und Vergeltungsdenken zutage tritt, wurde eine spektakuläre Niederlage bereitet. Der von Kant und Hegel entwickelte Gedanke der "absoluten", d.h. von allen Zweckerwägungen abstrahierten Strafe ist im deutschen Strafrecht endgültig tot. Wie Bundesjustizminister Prof. Dr. Ehmke in der Plenardebatte sagte, kann die Kriminalstrafe nicht das Jüngste Gericht vorwegnehmen. Soll sie einen der Vernunft zugänglichen Sinn haben, dann muß sie versuchen, durch spezialpräventive Maßnahmen den Täter wider in die Gesellschaft einzuordnen. Denn die Resozialisierung des Straffälligen ist der beste, sicherste und am Ende auch billigste Weg, um die Gesellschaft vor neuen Straftaten zu schützen. Im Übrigen muß sich das Strafrecht auf die Bekämpfung wirklich sozialschädlicher Handlungen beschränken. Darüber hinaus gilt: Der Staat hat in den Schlafzimmern seiner Bürger nichts zu suchen.

Diese Reformgedanken entsprechen alten Forderungen sozialdemokratischer Rechtspolitik. Gegen die Tradition der deutschen idealistischen Philosophie, gegen eine verbreitete Volksmeinung, die Härte um jeden Preis will, und gegen die hochkonservative Regierungsvorlage von 1962 haben sie sich durchgesetzt. Das stellt ihre Überzeugungskraft unter Beweis. Zu danken ist ihr Erfolg vor allem dem früheren Justizminister Dr. Gustav Heinemann. Er hat diese Gedanken mit dem ganzen Gewicht seiner großen Persönlichkeit vertreten, als im Sonderausschuß für die Strafrechtsreform die Weichen für die Plenardebatten des 7. und 9. Mai 1969 gestellt wurden.

Frankreichs Linke nach de Gaulle

Von Georg Scheuer, Paris

De Gaulles Sturz stellt Frankreichs Sozialisten vor neue Perspektiven und Aufgaben. Dabei scheinen die jahrelangen Versuche einer Wiedervereinigung der demokratischen Linken wieder in Frage gestellt zu sein. Im Kampf um die Nachfolge im Elysée erhalten theoretische Meinungsverschiedenheiten jetzt konkrete Bedeutung.

Zwei Konzepte

Es geht vor allem um die Bündnispartner. Schon 1965 gab es anlässlich der Präsidentschaftswahl zwei Konzepte: Gaston Defferre wollte bereits damals einen Pakt vor allem mit der demokratischen Mitte, ohne jede Bindung an die Kommunisten. In diesem Zeichen meldete er seine Kandidatur an, verzichtete aber dann zugunsten von François Mitterrand, dessen Strategie weiter links liegt: Zuerst Einheitsfront aller Linksparteien einschließlich der Kommunisten, wodurch ein Teil der Mittelparteien mitgerissen werden soll.

Dieses Experiment war damals teilweise gelungen. Gegen General de Gaulle erhielt Mitterrand 45 Prozent. 1969 befürchteten Mollet und Defferre aber, daß die KPF in diesem Bund ein allzu großes Gewicht hätte.

Defferres Kandidatur

Am 4. Mai 1969 wurde im südlichen Pariser Vorort Alfortville die neue Sozialistische Partei gegründet. Eine Grundsatzklärung wurde angenommen. Nach 16stündigen stürmischen Debatten wurde der sozialistische Bürgermeister von Marseille, Gaston Defferre, als Kandidat für die Elysée-Wahl nominiert.

Leider nahm nur ein Teil der neuen Sozialistischen Partei an dem Kongreß teil, ein anderer Teil tagte am gleichen Tag im nördlichen Vorort Saint-Gratien: die "Convention des Institutions Républicaines" (CIR) unter der Führung von François Mitterrand.

In Alfortville wurde die Art und Weise der Einberufung des Gründungsparteitages von zahlreichen Delegierten angefochten. Die "Rechtmäßigkeit" der Parteitagung wurde bestritten. Der stellvertretende Generalsekretär Pierre Mauroy wurde beauftragt, während der Tagung mit dem Kongreß der Convention in Verbindung zu treten. So kam es an diesem merkwürdigen ersten Maisonntag zu mehreren Stafettenläufen zwischen den beiden Vororten. Man traf sich in der Mittags- und Abendstunde im Quartier Latin, konnte sich aber

nicht einigen.

Nach der Meinung der meisten Delegierten waren die Debatten des 4. Mai nur der erste Teil des Gründungskongresses; der zweite Teil soll nach der Staatspräsidentenwahl im Juli stattfinden.

In den Debatten hörte man verschiedene Auffassungen über die Rolle des französischen Staatspräsidenten. Die einen wünschen ein diskretes Staatsoberhaupt, wie es in parlamentarischen Demokratien üblich ist. Diese Meinung vertritt insbesondere Guy Mollet. Andere sind für eine größere Rolle des Staatspräsidenten, jedoch jedenfalls gegen den von General de Gaulle getriebenen Mißbrauch.

Ernüchterung

Unter de Gaulles Regime war es in den letzten Jahren zu einer Annäherung zwischen den französischen Linksparteien gekommen. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung wurde in der Präsidentenwahl 1965 erreicht. Mitterrand konnte damals als gemeinsamer Kandidat der Linken auch einen Teil der Mittelparteien gewinnen.

Im Einklang mit den Linksparteien hatte Mitterrand 1965 zur Präsidentenwahl ein Siebenpunkteprogramm entwickelt, das allgemeine Zustimmung fand: Demokratische Verfassungsreform, Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten, europäische Außenpolitik, Verzicht auf die französische Atombombe, Wirtschaftsreformen, soziale Gerechtigkeit, Reform des Unterrichtswesens.

Parallel zur taktischen Annäherung zwischen den Linksparteien in den Präsidentenwahlen 1965 wurden politische und organisatorische Grundlagen zu einer sozialistisch-demokratischen Wiedervereinigung gelegt. So kam es zur Bildung der Linksföderation.

Nach dem bemerkenswerten Achtungserfolg in der Präsidentenwahl 1965 wurden weitere Schritte zur sozialistisch-demokratischen Wiedervereinigung unternommen. Zugleich wuchsen aber auch die Widerstände der alten Parteiapparate. In diesem Zeichen stand der Parteitag der SFIO 1967 im Pariser Vorort Suresnes. Der Einigungsprozeß wurde verlangsamt.

Dann kamen die Ereignisse des Jahres 1968: Sowjetischer Einmarsch in die Tschechoslowakei, Mairevolution in Frankreich. Alte Kluften wurden neu aufgerissen.

Mit de Gaulles Sturz ergeben sich für Frankreich neue Perspektiven, vor allem auch auf außenpolitischer Ebene. Hier liegt vielleicht der wichtigste Grund für die neuen Differenzen zwischen der demokratischen Linken und der KPF, die nach wie vor auf den Kreaml ausgerichtet ist.